

**ZUSATZMATERIAL**

IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

IDEENSAMMLUNG

Die Karten zeigen politische und gesellschaftliche Vorschläge für mehr globale und soziale Gerechtigkeit.



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

1. INTERNATIONALE MINDESTLÖHNE

Die Asiatische Mindestlohnallianz (AFWA), die sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Kleidungsproduktion einsetzt, fordert die Einführung von internationalen Mindestlöhnen in der Textilbranche. Dadurch könnte auf das Problem reagiert werden, dass viele Unternehmen weltweit extreme Niedriglöhne bezahlen und ihre Produktion bei Lohnerhöhungen in andere, billigere Länder verlagern.

Internationale Mindestlöhne wären je nach Land unterschiedlich hoch: Für Bangladesch läge ein existenzsichernder Monatslohn laut AFWA bei 400 Euro im Monat, in China bei 600 Euro. In beiden Ländern würde der Lohn jedoch Grundbedürfnisse sichern und ausreichen, um die Kosten für Ernährung, Wohnraum und Gesundheitsvorsorge für die Arbeiter*innen und ihre Familien zu bezahlen.

Lieferkettengesetze in Deutschland und der EU sind ein Fortschritt, reichen aber vielen nicht aus und werden aktuell teils wieder abgeschwächt.

Quellen:

[Asia Floor Wage Alliance \(2022\): Wie sehen nachhaltige Lieferketten aus?](#)

[Tagesspiegel \(2024\): EU-Parlament stimmt für Lieferkettengesetz – Heil verspricht Bürokratie-Entlastung](#)



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

2. GEGEN STEUERTRICKS VON GROSSKONZERNEN

Internationale Konzerne verschieben seit Jahrzehnten Gewinne in sogenannte Steueroasen, um ihre Steuerlast zu senken. Die weltweiten Ausfälle durch solche Praktiken gehen jährlich in die Milliarden.

2023 beschloss der Bundestag die Einführung einer globalen Mindeststeuer von 15 Prozent für Unternehmen mit einem Jahresumsatz über 750 Millionen Euro – unabhängig davon, wo die Gewinne erzielt werden. In Deutschland betrifft dies rund 600 bis 800 Unternehmen.

Das Finanzministerium rechnet ab 2026 mit Mehreinnahmen von etwa 950 Millionen Euro. Kritiker*innen bemängeln, dass das tatsächliche Steuervermeidungspotenzial weitaus größer sei.

Quelle:

Der Spiegel (2023): Bundestag stimmt für globale Konzern-Mindeststeuer



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

3. TARIFVERTRÄGE

Unternehmen haben verschiedene Möglichkeiten, Löhne zu drücken. Zum Beispiel, indem sie Beschäftigte von anderen Firmen „ausleihen“. Leiharbeitskräfte verdienen im Durchschnitt rund 41 Prozent weniger als fest angestellte Kolleg*innen, und fast zwei Drittel von ihnen arbeiten für einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle. Besonders betroffen sind ausländische Beschäftigte, deren Medianlohn noch deutlich darunter liegt.

Deshalb fordern Gewerkschaften, dass mehr Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden. Das bedeutet, dass ausgehandelte Tarifverträge für alle Unternehmen und Beschäftigten einer Branche gelten, unabhängig davon, ob der Betrieb selbst tarifgebunden ist. Damit könnten Löhne nicht mehr so leicht durch Leiharbeit oder Auslagerung umgangen werden. Mehrere Millionen Menschen in Deutschland würden durch eine solche Regelung höhere Löhne erhalten.

Quelle:

Die Linke im Bundestag (2022): Leiharbeit ist und bleibt Lohndumping



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

4. BESTEUERUNG VON KAPITAL

Der französische Ökonom Thomas Piketty hat gezeigt, dass für die zunehmende Ungleichheit besonders das Wachstum der sehr großen Vermögen verantwortlich ist. Er schlägt als Gegenmaßnahme eine globale Kapitalsteuer auf hohe Vermögen vor. Durch eine globale Erhebung könnte verhindert werden, dass Reiche ihr Vermögen in Länder ohne Steuern verschieben.

Oxfam schlägt eine Vermögensteuer für sehr reiche Menschen vor, die mehr als 5 Millionen US-Dollar besitzen. Das betrifft in Deutschland nur 200 000 Personen. Wenn diese Milliardär*innen einen gestaffelten Steuersatz von 2 bis 3 Prozent und Milliardär*innen von 5 Prozent zahlen würden, ergäbe das allein in Deutschland zusätzliche 85,2 Milliarden Euro pro Jahr.

Quellen:

Thomas Piketty (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. Beck Verlag, S. 716-721, Zahlen für Deutschland basieren auf eigenen Berechnungen

Oxfam Deutschland: Vermögenssteuer



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

5. OBERGRENZE MANAGERGEHÄLTER

2019 wurde in Deutschland ein neues Gesetz verabschiedet, das Gehaltsexzesse von Top-Manager*innen eindämmen soll. Seitdem sind börsennotierte Unternehmen verpflichtet, konkrete Obergrenzen für Vorstandsgehälter festzulegen. Der Aufsichtsrat muss dabei entscheiden, ob die Grenze für den gesamten Vorstand oder individuell gilt; zusätzlich kann die Hauptversammlung die Vergütung weiter begrenzen.

Zuvor lagen die Gehälter von Spitzenmanager*innen teils im zweistelligen Millionenbereich: 2017 verdienten sie im Schnitt das 71-Fache der durchschnittlichen Beschäftigten. Es gibt Forderungen für weitergehende Maßnahmen, etwa eine Deckelung auf das 20-Fache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen.

Quelle:

Die Linke (2025): Jahresverdienst in drei Tagen: Gehaltsgrenze für DAX-Chefs

Deutschlandfunk (2019): Aufsichtsräte müssen künftig Obergrenze festlegen

Hans-Böckler-Stiftung (2018): Vorstände im DAX verdienen im Mittel 71-mal so viel wie durchschnittlich Beschäftigte



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

6. BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

Eine in den letzten Jahren weltweit wachsende Bewegung aus unterschiedlichen Gruppen fordert die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens – eines monatlichen Betrags von z. B. 1200 Euro in Deutschland, den jede Person ab 18 Jahren erhalten würde. Sozialleistungen wie etwa Bürgergeld könnten dadurch ersetzt werden.

Menschen mit schlecht bezahlten Jobs würden nicht mehr unter die Armutsgrenze fallen. Gleichzeitig hätten alle mehr Freiheit, z. B. weniger zu arbeiten, Angehörige zu pflegen, Kinder zu erziehen oder unzumutbare Jobs abzulehnen, ohne ihre Existenz zu gefährden. Auch bislang unbezahlte Arbeit würde so finanziell anerkannt werden.

Finanziert werden soll das Grundeinkommen durch Einsparungen im Sozialstaat und zusätzliche Steuern.

Quelle:

Mein Grundeinkommen: Was ist das Bedingungslose Grundeinkommen?



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

7. MINDESTERBE

Ein großer Teil der Ungleichheit in Deutschland rührt daher, dass die Vermögen sehr ungleich verteilt sind. Das führt dazu, dass einige Menschen sehr viel Geld erben und viele gar nichts. Um das zu ändern, schlägt der englische Ökonom Anthony Atkinson vor, dass alle Menschen ein Mindesterbe bekommen sollten, wenn sie volljährig sind. In Deutschland könnten dies z. B. 80 000 Euro sein. Dieses Geld dürfte allerdings nur für Zukunftsinvestitionen ausgegeben werden, also z. B. für Ausbildung, Studium, den Kauf einer Wohnung oder eine Unternehmensgründung. Finanziert werden soll das Mindesterbe nach Atkinson durch eine Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften.

Quelle:

Anthony B. Atkinson (2016): Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Klett-Cotta, S. 220



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

8. MINDESTLOHN IN DEUTSCHLAND

In Deutschland gelten laut Paritätischem Armutsbericht 2025 rund 15,5 Prozent der Bevölkerung als arm. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, junge Erwachsene und Rentner*innen. Das mittlere Einkommen armer Menschen lag 2024 bei nur 921 Euro netto im Monat: Deutlich unter der Armuts-
grenze von 1381 Euro.

Der gesetzliche Mindestlohn liegt aktuell bei 12,41 Euro, ab 2026 steigt er auf 13,90 Euro und 2027 auf 14,60 Euro. Damit überschreiten Vollzeitbeschäftigte mit Mindestlohn zwar knapp die Armuts-
grenze, doch viele Menschen können aus verschiedenen Gründen (z.B. alleinerziehend) nur Teilzeit arbeiten, und Renten liegen oft deutlich darunter. Daher fordern viele Organisationen eine stärkere Anhebung.

Quellen:

Der Paritätische (2025): Verschärfung der Armut, Paritätischer Armutsbericht

BMAS (2025): Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2026



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

9. ALTERNATIVEN ZUM BIP

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird oft als Maßstab für den Wohlstand eines Landes verwendet – doch es misst nur den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres produziert werden. Umweltzerstörung, soziale Ungleichheit oder unbezahlte Arbeit wie Pflege oder Ehrenamt bleiben dabei außen vor. Auch Ereignisse wie Verkehrsunfälle oder Naturkatastrophen können das BIP paradoxerweise steigen lassen.

Deshalb fordern viele Ökonom*innen alternative Indikatoren. Ein Beispiel ist das Bruttonationalglück in Bhutan: Es misst neben wirtschaftlichen auch soziale, ökologische und kulturelle Faktoren – etwa psychisches Wohlbefinden, Bildung, Umweltqualität und gutes Regieren. In Deutschland wurde mit dem Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI) ein ähnlicher Ansatz entwickelt. Er bezieht unter anderem Hausarbeit, Einkommensverteilung und Umweltschäden mit ein und erlaubt so ein umfassenderes Bild vom tatsächlichen Zustand der Gesellschaft.

Quellen:

Hans-Böckler-Stiftung (2020): Vom BIP zum magischen Viereck? Wie wir Wohlstand messen können

Deutschlandfunk (2023): Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

10. VERMÖGENSTEUER/ÜBERREICHE GERECHT BESTEUERN

Bis 1997 wurde in Deutschland eine Vermögensteuer erhoben, die große Privat- und Unternehmensvermögen regelmäßig besteuerte. Ausgesetzt wurde sie, weil Immobilien zu niedrig bewertet und Reformen blockiert wurden. Heute ist die Vermögensungleichheit extremer denn je: Das reichste Prozent besitzt rund 35 Prozent des gesamten Nettovermögens.

Eine reformierte Steuer ab einem Freibetrag von 2 Millionen Euro mit Sätzen zwischen 1 und 2 Prozent könnte hohe Vermögen erfassen, kleinere Einkommen entlasten und Investitionen in Bildung und Klimaschutz finanzieren. Länder wie Frankreich oder Spanien zeigen, dass so eine Steuer möglich ist.

Im Jahr 2024 brachte Brasilien als Vorsitz der G20 einen internationalen Vorschlag für eine globale Mindeststeuer auf das Vermögen von Multimillionär*innen und Milliardär*innen ein. Grundlage dafür ist ein Konzept des Ökonomen Gabriel Zucman, Direktor des EU Tax Observatory, das eine weltweite Mindestbesteuerung von 2 Prozent vorsieht. Laut Oxfam Deutschland könnten so weltweit 242 bis 377 Milliarden US-Dollar zusätzlich eingenommen werden – in Deutschland 11 bis 28 Milliarden Euro. Betroffen wären lediglich rund 250 bis 5000 der reichsten Haushalte.

Quellen:

[Oxfam Deutschland \(2025\): Milliardärsmacht beschränken, Demokratie schützen](#)

[Friedrich Ebert Stiftung: Vermögensteuer – Definition](#)



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

11. UMWELTSCHÄDLICHE SUBVENTIONEN ABBAUEN

Trotz aller Bekenntnisse zum Klimaschutz subventioniert Deutschland weiterhin klimaschädliches Wirtschaften in großem Stil: Laut Umweltbundesamt (2021) belaufen sich die umweltschädlichen Subventionen auf rund 6 Milliarden Euro jährlich. Allein in der Industrie sind die klimaschädlichen Subventionen mit über 16 Milliarden Euro pro Jahr fast sechsmal so hoch wie die Fördermittel für den klimafreundlichen Umbau, die lediglich bei rund 2,8 Milliarden Euro liegen.

Diese Subventionen fördern den Verbrauch fossiler Energien wie Kohle, Öl und Gas, entlasten Großunternehmen mit hohem Energieverbrauch und begünstigen klimaschädliches Verhalten im Verkehr, wie etwa durch das Dienstwagenprivileg, Steuervergünstigungen für Diesel oder die Mehrwertsteuerbefreiung internationaler Flüge. Am meisten profitieren davon Konzerne und einkommensstarke Haushalte.

Ein sozial gerechter Abbau dieser Subventionen könnte den Bundeshaushalt laut Greenpeace um bis zu 46 Milliarden Euro jährlich entlasten und rund 100 Millionen Tonnen CO₂ einsparen – so viel wie der gesamte deutsche PKW-Verkehr im Jahr ausstößt. Zudem könnte das eingesparte Geld gezielt in klimafreundliche Mobilität, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Industriepolitik investiert werden.

Quelle:

[Greenpeace \(2024\): Umweltschädliche Subventionen abbauen!](#)



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

12. GEMEINWOHL-ÖKONOMIE

Das derzeitige Wirtschaftssystem basiert auf Wachstum und Gewinnmaximierung – oft zulasten von Umwelt, Klima und sozialer Gerechtigkeit. Es fördert Ungleichheit, Ressourcenverschwendung und rücksichtsloses Handeln, während viele gesellschaftliche Kosten ausgelagert werden. Die Gemeinwohl-Ökonomie bietet eine Alternative: ein Wirtschaftsmodell, das den Nutzen für Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt. Unternehmen werden dabei nicht nur nach Profit, sondern nach Kriterien wie Menschenwürde, Nachhaltigkeit und Mitbestimmung bewertet. Grundlage dafür ist die sogenannte Gemeinwohl-Bilanz, die faires und ökologisches Handeln sichtbar macht.

Die Gemeinwohl-Ökonomie versteht sich nicht als fertiges Modell, sondern als offenes Konzept, das im Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickelt wird. Sie ist eine von mehreren Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftssystem, neben Ansätzen wie der Donut-Ökonomie der Ökonomin Kate Raworth. Ziel all dieser Modelle ist ein Wirtschaften, das planetare Grenzen respektiert, soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt und verantwortungsvolles Handeln belohnt.

Quelle:

Deutschlandfunk (2024): Worum geht es bei der Gemeinwohl-Ökonomie?



IDEEN FÜR EINE GERECHTE WELT

13. KOSTENLOSER NAHVERKEHR

Ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr kann einen wichtigen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit leisten: Er ermöglicht allen Menschen – unabhängig vom Einkommen – gleichberechtigte Teilhabe an Mobilität, Bildung, Arbeit und Freizeit. Gleichzeitig schützt er das Klima, denn Busse und Bahnen verursachen deutlich weniger Emissionen pro Fahrgast als Autos. Mehr Nahverkehr reduziert Luftverschmutzung, Lärm und Flächenverbrauch und verbessert so Umwelt und Lebensqualität.

Damit ein kostenfreier ÖPNV tatsächlich zum Umstieg vom Auto führt, braucht es jedoch mehr als nur den Wegfall des Ticketpreises. Entscheidend sind Zuverlässigkeit, Dichte und Komfort. Ein Beispiel liefert der Plan der Partei Die Linke: Sie will den Nahverkehr in drei Phasen ausbauen und bis 2030 flächendeckend kostenfrei machen, mit reaktivierten Strecken, dichteren Takten und barrierefreien Haltestellen. Der Einstieg beginnt mit kostenlosen Fahrten für Kinder, Jugendliche, Azubis und Senior*innen sowie einem 9-Euro-Ticket. Finanziert werden soll das durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen und eine ÖPNV-Abgabe für Unternehmen. Ziel ist ein solidarischer, klimafreundlicher Verkehr mit guten Arbeitsbedingungen und mehr Personal.

Quellen:

Quellen:

Taz (2019): Sollte der Nahverkehr kostenlos sein?

Die Linke: Bus und Bahn für alle!